

# „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“

CDU-Politiker Thorsten Frei watscht die Ampel ab

Rena Lehmann

**E**s sind turbulente Tage im Berliner Regierungsviertel. Wir trafen den parlamentarischen Geschäftsführer der CDU, Thorsten Frei, mitten im Sitzungsmarathon im Bundestag. Der 51-jährige Abgeordnete aus Baden-Württemberg ist einer der einflussreichsten CDU-Politiker im Team von Kanzlerkandidat Friedrich Merz. Warum er die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel heute kritisch sieht und welche Maßnahmen er gegen die Wirtschaftsflaute vorschlägt, erklärt er im Gespräch mit unserer Redaktion.

**Herr Frei, die Wirtschaftsinstitute sagen nur noch ein Wachstum voraus von 0,8 Prozent. Muss die Ampel-Regierung ihren ohnehin umstrittenen Haushalt 2025 komplett neu machen?**

Es ist offensichtlich, dass der Haushaltsplan der Ampel auf Sand gebaut ist. Die Vorgaben waren von Beginn an viel zu optimistisch. Und der Regierung fehlt die Kraft Prioritäten zu setzen. Trotz der schlimmer werdenden Wirtschaftskrise erzielt der Staat noch immer rekordverdächtige Steuereinnahmen. Die Ampel hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem.

**Die Wirtschaftsprognose hat**

**die Ampel-Koalition in weitere Unruhe versetzt. Rechnen Sie mit einem Bruch der Koalition?**

Die Geschichte der Ampel ist eine Geschichte der Zerrüttung. Ich fürchte aber, dass die Koalitionäre sich aus Angst vor dem Wähler bis zum letzten Tag aneinander klammern werden und wir ein weiteres Jahr Stillstand bekommen, den sich unser Land nicht leisten kann. Anstatt sich gegenseitig zu bekriegen, wäre es die dringendste Aufgabe der Regierung, die irreguläre Migration zu stoppen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu verbessern, damit die Menschen in unserem Land auch in Zukunft noch in Wohlstand leben.

**Die CDU hält die Grünen in ihrer aktuellen Verfassung nicht für einen geeigneten Koalitionspartner. Hat sich das mit dem Rücktritt der Grünen-Führung geändert?**

Bei den jüngsten Landtagswahlen wurden die Grünen nicht wegen ihrer Parteiorganisation abgewählt, sondern wegen der Politik ihrer führenden Repräsentanten. Die Minister Baerbock und Habeck sind die Gesichter des Scheiterns. Sie stehen für eine völlig verkorkste Wirtschafts-, Energie- und Migrationspolitik. Solange die Grünen nicht auf den Kurs der

Vernunft einschwenken und die bedrückende Wirklichkeit in unserem Land wahrnehmen und anerkennen, kann ich mir beim besten Willen keine Zusammenarbeit vorstellen.

**Wenige Tage nachdem Friedrich Merz zum Kanzlerkandidaten der CDU ausgerufen wird, holt die CDU in Brandenburg ihr historisch schlechtestes Ergebnis von 12 Prozent. Ist er doch kein Zugpferd für die Union?**

Friedrich Merz ist ein starkes Zugpferd. Das zeigen die Meinungsumfragen auf Bundesebene. Das Allensbach-Institut sieht uns das erste Mal in dieser Woche bei 35,5 Prozent! Auch die anderen Institute verzeichnen Steigerungen.

**Aber mit 12 Prozent bei einer Landtagswahl können Sie doch nicht zufrieden sein...**

Sicher nicht. Das Wahlergebnis von Brandenburg ist bitter. Aber ehrlicherweise hatten wir dort eine sehr spezielle Konstellation. Die Zuspitzung von Ministerpräsident Dietmar Woidke auf die Frage „Ich oder die AfD“ hat dazu geführt, dass wir sowohl an die SPD als auch an die AfD Wähler verloren haben. Das war eine Gemengelage, in der die CDU förmlich zerrieben wurde.

**Was, wenn Olaf Scholz es bei der BTW 2025 genauso macht wie sein SPD-Kollege Woidke?**

Das wird ihm nicht gelingen. Dietmar Woidke ist der beliebteste Politiker Brandenburgs. Olaf Scholz ist einer der unbeliebtesten Politiker Deutschlands. Er ist der Repräsentant einer Regierung, die so erfolglos arbeitet wie wahrscheinlich keine andere Bundesregierung vor ihr.

**Bei aller Kritik an der Ampel – auch eine CDU-geführte Bundesregierung müsste mit einer schwierigen wirtschaftlichen und außenpolitischen Gesamtlage umgehen. Laufen Sie Gefahr, zu viel zu versprechen, wenn mit Merz als Kanzler alles wieder besser laufen soll?**

Wir treten natürlich mit dem Anspruch an, dass es für Deutschland wieder bergauf geht. Wir schüren aber nicht die Illusion, dass das mit einem Federstrich zu erledigen ist. Wir haben fundamentale Herausforderungen. Wir sind inzwischen Schlusslicht unter den Wirtschaftsnationen. Wir erleben, dass sich die wirtschaftliche Stagnation auf den Arbeitsmarkt auswirkt. VW diskutiert erstmals Werkschließungen in Deutsch-

land. Das sind klare Hinweise dafür, dass wir wirtschaftlich nach hinten durchgereicht werden. Dieser Trend muss gestoppt werden.

**Und wie?**

Priorität haben wettbewerbsfähige Energie- und Strompreise. Wir brauchen auch wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern, weniger Bürokratie und Regulierung. Wir brauchen als Exportweltmeister mehr Handelsverträge mit anderen Ländern, damit wir unsere Produkte weltweit verkaufen.

**Muss die Ampel VW und anderen helfen oder ist – wie manche Wirtschaftsexperten sagen – eine notwendige Marktberreinigung im Gange?**

Man darf mit dem Geld des Steuerzahlers weder politische noch unternehmerische Fehlentscheidungen kompensieren. Die Aufgabe der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass wir bessere Standortbedingungen haben. Wir brauchen eine kon-

sistente Wirtschaftspolitik. Minister Robert Habeck hat im vergangenen Jahr von einem Tag auf den anderen die Förderung für E-Autos gekappt, jetzt will er sie wieder auflegen. Das ist Politik nach dem Prinzip „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“.

**Die CDU hat Angela Merkel nachträglich zum 70. diese Woche mit einem Empfang geehrt. Wie wollen Sie eigentlich einen völlig neuen Kurs in der Migrationspolitik glaubwürdig vertreten, ohne sich von ihr zu distanzieren?**

Ihre Regierungszeit war eine Zeit der wirtschaftlichen Prosperität und der niedrigen Arbeitslosigkeit und bis zum Ausbruch der Pandemie auch eine Zeit der ausgeglichenen Haushalte. Es war eine gute Zeit – und es war richtig, sie zum ihrem 70. Geburtstag noch einmal zu würdigen. Heute müssen wir allerdings ganz andere Antworten in der Migrationspolitik geben als Angela Merkel das 2015 getan hat.

Wenn wir die Entwicklung im Rückblick betrachten, ist eindeutig: Wir hätten sehr viel früher eine Kurskorrektur einleiten müssen.

**War es rückblickend also ein Fehler, die Grenzen 2015 für den Migrantstrom offenzuhalten und zu sagen „Wir schaffen das!“?**

Die Entscheidung vom September 2015 war in der Situation richtig, die Grenzen offenzuhalten, als sich riesige Menschenmengen zu Fuß aus Ungarn auf den Weg nach Deutschland machten. Es ist heute aber vollkommen klar, dass das kein Dauerzustand werden durfte. Das Asylrecht bedeutet nicht das Recht, sich das Land aussuchen zu können, in dem man leben möchte. Wir hätten sehr viel früher und beherzter Maßnahmen ergreifen müssen, um die Migration nach Deutschland zu verringern.

**Aus dem Gespräch zu Veränderungen in der Migrationspolitik mit der Ampel sind Sie aber ausgestiegen. Kann es**

**einen neuen Anlauf geben?**

Wir werden nur mitmachen, wenn Entscheidungen getroffen werden, die eine grundsätzlich andere Migrationspolitik bedeuten. Die Menschen müssen spüren, dass es wirklich Veränderungen in der Frage gibt. Wenn es diesen Vorher-Nachher-Effekt nicht gibt, wollen wir für die Migrationspolitik der Ampel-Koalition nicht in Mithaftung genommen werden.

**Nach Solingen hat die Ampel ein umfassendes Sicherheitspaket in den Bundestag eingebracht. Untätigkeit kann man ihr nicht vorwerfen, oder?**

Bislang ist nichts davon beschlossen und umgesetzt. Wir hätten das Paket in dieser Woche verabschieden können, aber die Ampel-Koalition hat es nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Nach dem Attentat von Solingen brauchen die Menschen keine salbungsvollen Reden mehr, sondern eine Regierung, die handelt. So aber bleibt es ein leeres Versprechen vor der Landtagswahl in Brandenburg, das jetzt nicht eingehalten wird.